

Öffentliche Bekanntmachung

einer **Sitzung des Hauptausschusses am Donnerstag den 08.09.2016 um 17:00 Uhr** im Kreis Rendsburg-Eckernförde, Kaiserstraße 8, 24768 Rendsburg, Sitzungsraum 169

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung, Begrüßung und Festlegung der Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 14.07.2016
3. Anfragen von Mitgliedern des Hauptausschusses und der Fraktionsvorsitzenden
4. Verwaltungsangelegenheiten
 - 4.1. Unterbringung der Zuwanderung im Erdgeschoss des Kreishauses und Umzug in der Kreisverwaltung; Entwicklung der Kosten und überplanmäßige Aufwendungen **VO/2016/832-001**
 - 4.2. Weiterentwicklung Fachdienst Zuwanderung
 - 4.3. Mehrkosten für die Betreuung von Flüchtlingskindern in Kindertagesstätten - Verteilung von Landesmitteln **VO/2016/912**
 - 4.4. Veranlassungen aufgrund der Unfallschwerpunkte 2015 im Zuständigkeitsbereich der Straßenverkehrsbehörde des Kreises Rendsburg-Eckernförde **VO/2016/914**
5. Beteiligungsverwaltung
 - 5.1. Sitzungen des Hauptausschusses (Beteiligungen) am 03.11.2016 und 24.11.2016 **VO/2016/920**



Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: VO/2016/832-001	Status: öffentlich	Datum: 11.08.2016	Ansprechpartner/in: Groeper, Sabine	Bearbeiter/in: Groeper, Sabine
Federführend: S 05 Stabsstelle Finanzen					
Mitwirkend:	öffentliche Beschlussvorlage				
Unterbringung der Zuwanderung im Erdgeschoss des Kreishauses und Umzug in der Kreisverwaltung; Entwicklung der Kosten und überplanmäßige Aufwendungen					
Beratungsfolge:					
Status	Gremium	Zuständigkeit			
Öffentlich	Hauptausschuss	Entscheidung			

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss stimmt nachträglich den überplanmäßigen Mehraufwendungen für die neue Unterbringung der Zuwanderung und die Umzüge in der Kreisverwaltung in Höhe von 24.450 € sowie den Auszahlungen für Investitionen in Höhe von 89.250 € zu.

1. Begründung der Nichtöffentlichkeit: entfällt

2. Sachverhalt:

In der Sitzung des Hauptausschusses am 21.04.2016 hat die Verwaltung über die Unterbringung der Zuwanderung im Erdgeschoss des Kreishauses und die damit verbundenen Umzüge in der Kreisverwaltung informiert. In diesem Zusammenhang wurde auch eine vorläufige Kostenschätzung vorgetragen. Danach beliefen sich die Umbaukosten im Kreishaus und in den angemieteten Objekten, die Bewirtschaftungskosten einschließlich Mietzahlungen sowie die Beschaffung neuen Mobiliars und IT-Ausstattung auf ca. 190.000 €. Da im April 2016 noch keine Aussage dazu möglich war, ob diese Maßnahme zu überplanmäßigen Aufwendungen führen werde und in welchem Umfang Aufwendungen im Rahmen der vorhandenen Budgets getragen werden können, wurde auf eine Beschlussfassung für die Freigabe überplanmäßiger Mittel verzichtet.

In der Sitzung des Hauptausschusses am 14.07.2016 hat die Verwaltung über eine vorläufige Abrechnung der Kosten nach Abschluss der Maßnahme berichtet. Diese beliefen sich auf rd. 276.000 €. Dabei wurde nicht differenziert zwischen dem umzugsbedingten Aufwand und dem Aufwand für Maßnahmen, die im Zuge des Umzuges zur Optimierung durchgeführt wurden. Die Vorgehensweise der

Verwaltung hinsichtlich der Kostensteigerungen wurde kritisiert. Die Verwaltung wurde um Prüfung gebeten, ob der Hauptausschuss den Kostensteigerungen hätte zustimmen müssen.

Im Umwelt- und Bauausschuss hat der Fachdienst Liegenschaftsmanagement über den Stand der Baumaßnahmen und die jeweiligen Kostenentwicklungen berichtet. Es wurde versäumt, einen entsprechenden Bericht dem Hauptausschuss in den Sitzungen im Mai und Juni 2016 vorzulegen.

Nach Abrechnung der mit der Maßnahme verbundenen Aufwendungen betragen diese nunmehr insgesamt 280.027,84 €. Eine detaillierte Auflistung einschl. einer Gegenüberstellung mit der Kostenschätzung aus dem April 2016, dem umzugsbedingten Aufwand sowie dem Aufwand für Optimierung im Zuge des Umzuges ist als Anlage beigefügt. Anlässlich des Umzuges sind Aufwendungen für Arbeiten entstanden, die ohnehin im Jahr 2016 durchzuführen waren. Auf im Haushalt 2016 für diese Arbeiten zur Verfügung stehende Mittel wurde zurückgegriffen. Eine Prüfung in den Fachdiensten IT-Service und Liegenschaftsmanagement hat ergeben, dass für den umzugsbedingten Mehraufwand gilt:

- Soweit im Fachdienst IT-Service umzugsbedingter Mehraufwand entstanden ist, wird dieser aus dem Budget des Fachdienstes IT-Service gedeckt.
- Soweit im Fachdienst Liegenschaftsmanagement umzugsbedingter Mehraufwand entstanden ist, beträgt dieser 89.250 € für Investitionen und 90.010 € für Aufwendungen des Ergebnishaushalts. Im Fachdienst Liegenschaftsmanagement können 65.560 € durch Einsparungen bei Bewirtschaftung und Bauunterhaltung gedeckt werden. Die überplanmäßigen Mehraufwendungen belaufen sich somit insgesamt auf 24.450 €. Die zusätzlichen Auszahlungen für Investitionen betragen 89.250 €.

In der Sitzung des Hauptausschusses am 21.04.2016 wurde auf die Beantragung überplanmäßiger Mittel verzichtet, um die tatsächliche Entwicklung der Aufwendungen sowie die Möglichkeit der Deckung aus den Budgets der Fachdienste IT-Service und Liegenschaftsmanagement abzuwarten.

Finanzielle Auswirkungen:

Anlage/n:

	Kostenschätzung April 2016	umzugsbedingter Mehraufwand	Aufwand für Optimierung im Zuge des Umzuges	Summe
Art der Ausgabe				
Fachdienst IT-Service				
Fachdienst IT-Service für Fachdienst Umwelt; Liegenschaft Kieler Straße				
Beschaffung eines Großformatdruckers (Plotter) investiv	10.000,00	10.300,00	-	10.300,00
Beschaffung eines Etagendruckers investiv	7.000,00	-	-	-
2 Netzwerkkoppelelemente (Switche) investiv	-	5.000,00	-	5.000,00
2 WLAN Antennen investiv	-	700,00	-	700,00
Datenleitung (8 x 400 €) lfd. Kosten	-	3.200,00	-	3.200,00
Fotokopierer (6x 335 €) lfd. Kosten	-	2.010,00	-	2.010,00
Fachdienst IT-Service für Fachdienst Kommunalaufsicht und Feuerwehrwesen; Liegenschaft P.-H.-Eggers-Straße 22-24 (wg. Räumung der Stabsräume im Erdgeschoss des Kreishauses)				
Datenleitung (6x400 €) lfd. Kosten	-	2.400,00	-	2.400,00
Fachdienst IT-Service für Fachdienst Allgemeine Ordnungsverwaltung und Verkehr; Liegenschaft Kreishaus				
Ertüchtigung Aufrufanlage Fahrerlaubnisbehörde	-	-	7.225,00	7.225,00
Fachdienst IT-Service für Fachdienst Zuwanderung; Liegenschaft Kreishaus				
Ertüchtigung der Aufrufanlage Zuwanderung	-	-	29.725,00	29.725,00
10 neue Arbeitsplätze (komplett incl. Software)	-	-	12.000,00	12.000,00
10 Drucker/Scanner	-	-	3.275,00	3.275,00
Netzwerkabel/Verlängerungen/Kleinteile etc.	-	-	500,00	500,00
Zwischensumme IT-Service	17.000,00	23.610,00	52.725,00	76.335,00
Fachdienst Liegenschaftsmanagement				
Fachdienst Liegenschaftsmanagement für Umbau/Miete Liegenschaft Kieler Straße				
Leitungsertüchtigung	8.000,00	4.400,00	-	4.400,00
Beschilderung	-	550,00	-	550,00
Garderoben	-	660,00	-	660,00
Miete einschl. Nebenkosten	56.000,00	56.000,00	-	56.000,00
Reinigungskosten	5.600,00	5.600,00	-	5.600,00
Fachdienst Liegenschaftsmanagement für Umzug				
Umzugsunternehmen einschl. Umzugskartons	8.400,00	11.700,00	-	11.700,00
Fachdienste Liegenschaftsmanagement/Personal, Organisation und allgemeine Dienste für Beschaffung von Büromöbeln				
Beschaffung von Möbeln für Kieler Straße investiv	75.000,00	75.000,00	10.432,84	85.432,84
Fachdienst Liegenschaftsmanagement für Umbauarbeiten im Kreishaus				
Tresen Bereich Zuwanderung - investiv	6.000,00	9.000,00	-	9.000,00
Lärmschutzwand, Trockenbau	3.000,00	3.200,00	10.000,00	13.200,00
Stellwände investiv	4.500,00	5.250,00	-	5.250,00
Elektroarbeiten	6.500,00	7.900,00	4.000,00	11.900,00
Summe Fachdienst Liegenschaftsmanagement	173.000,00	179.260,00	24.432,84	203.692,84
Gesamtsumme	190.000,00	202.870,00	77.157,84	280.027,84



Mitteilungsvorlage		Vorlage-Nr:	VO/2016/939
Federführend: FB 2 Umwelt, Kommunal- und Ordnungswesen		Status:	öffentlich
Mitwirkend:		Datum:	08.09.2016
		Ansprechpartner/in:	Ludwig, Carsten
		Bearbeiter/in:	Ludwig, Carsten
		öffentliche Mitteilungsvorlage	
Weiterentwicklung Fachdienst Zuwanderung			
Beratungsfolge:			
Status	Gremium	Zuständigkeit	
Öffentlich	Hauptausschuss	Kenntnisnahme	

1. Begründung der Nichtöffentlichkeit:

2. Sachverhalt:

Im Frühjahr diesen Jahres wurden die personellen und infrastrukturellen Voraussetzungen für die Weiterentwicklung des neuen Fachdienstes Zuwanderung geschaffen. Seit Anfang Juni arbeitet der Fachdienst in neuen Räumlichkeiten im Erdgeschoß und nutzt einen eigenen Empfangstresen. Die Besetzung der geschaffenen Führungs- und Sachbearbeitungsstellen wurde Anfang Juli im Wesentlichen abgeschlossen. Aktuell sind 26 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Fachdienst tätig.

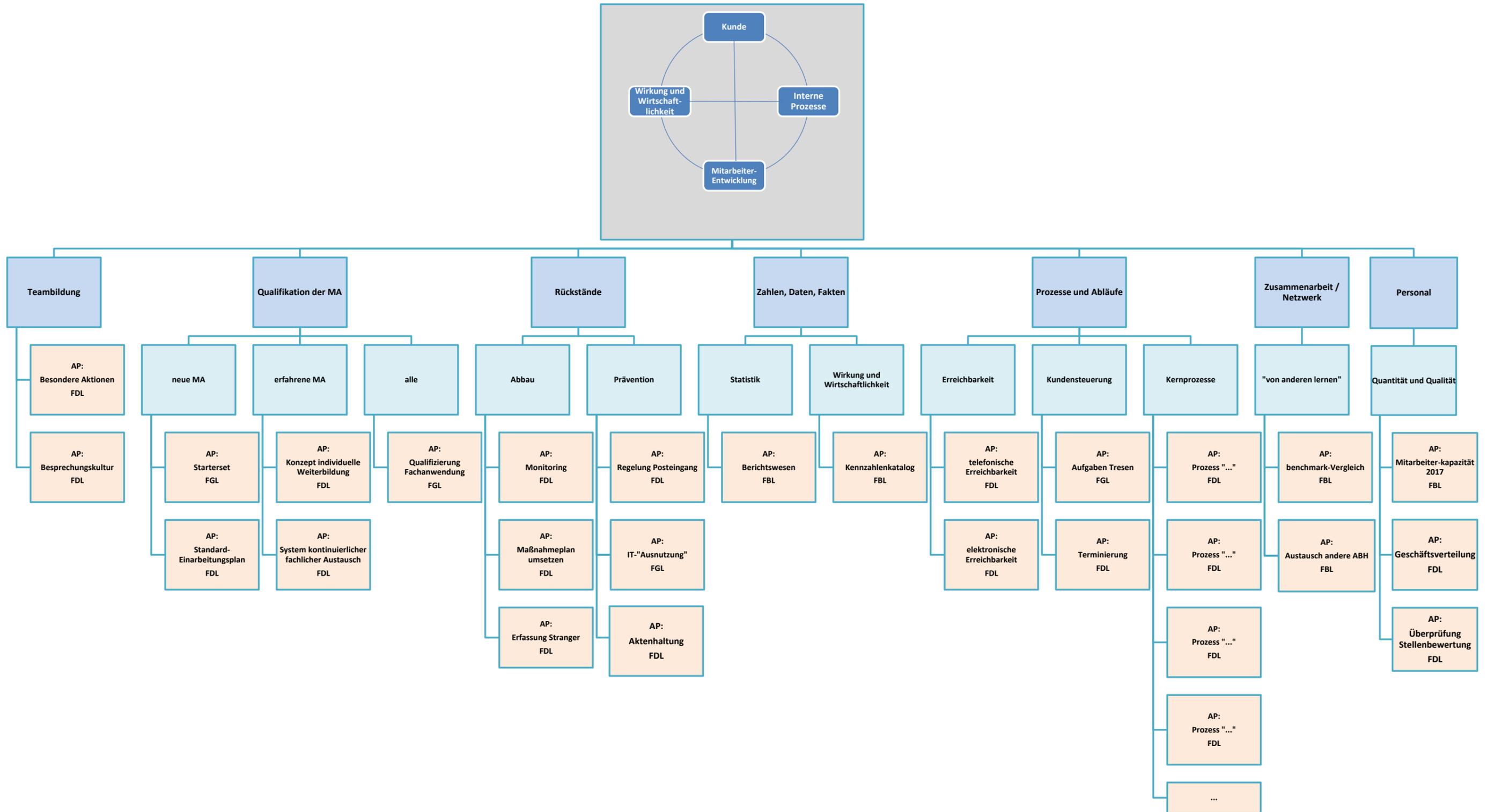
Auf dieser Basis wird die Organisation des Fachdienstes mit dem Ziel weiterentwickelt, Ende 2016 so aufgestellt zu sein, dass die Herausforderungen des aktuellen Jahres bewältigt wurden und die des nächsten Jahres bewältigt werden können.

Hierzu wurde ein Projektplan entwickelt, der die vier Perspektiven „Kunde“, „Wirkung und Wirtschaftlichkeit“, „interne Prozesse“ und „Mitarbeiter“ berücksichtigt und sieben Themenbereiche beschreibt.

Zu jedem Themenbereich wurden inhaltliche Arbeitspakete mit Verantwortlichkeiten und Zeitraum definiert. Die näheren Details sind in der Anlage dargestellt.

Finanzielle Auswirkungen:

Anlage/n:



Themen	Arbeitspaket	Erläuterung	Verantwortlich	Unterstützung	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar ...
Teambildung	1	Besondere Aktionen	viele neue MA; gemeinsam besser	FDL	Team	erledigt				
	2	Besprechungskultur	Kontinuität	FDL	FGL	begonnen				
Qualifikation	3	System kontinuierl. fachlicher Austausch	ggf. iVm Besprechungskultur; kollegiale Beratung	FDL	FGL					
	4	Starterset neue MA	schneller erster Überblick über Recht und Zuständigkeit; Checklisten	FGL	Orga	Übersicht erstellt		kontinuierliche Weiterentwicklung		
	5	Standard-Einarbeitungsplan	Idealablauf mit externen Schulungen, Paten, ...	FDL	1.1			im Zuge Neueinstellung		
	6	Organisation kontin. indiv. Weiterbildung	Erhebung indiv. Bedarfe, planvolles Vorgehen	FDL	FGL, 1.1					
	7	Qualifizierung Fachanwendung	Möglichkeiten "Stranger" kennen und können	FGL			21.9.			
Rückstände	8	Monitoring	Stand und Entwicklung kontinuierlich verfolgen	FDL	FGL	19.8.	30.9.	31.10.	30.11.	31.12.
	9	Maßnahmeplan umsetzen	kontinuierlich planvoll schnelle Erfolge	FDL	FGL					
	10	Aktenhaltung	Wichtiger Teil Abbau Rückstände; Zuständigkeit; davon alles weitere abh.	FDL	FGL					
	11	Erfassung "Stranger"	alle Flüchtlinge im Kreisgebiet im Fachprogramm	FDL	FGL	alle Neufälle	Abgleich der Listen FB 4	Easy-Gap	ggf. Nacharbeiten	
	12	Regelung Posteingang	klare Zuständigkeit; davon alles weitere abh.	FDL	FGL	erledigt				
	13	IT-"Ausnutzung"	Möglichkeiten "Stranger" besser nutzen	FGL	1.2			nach AP 7		
Zahlen, Daten, Fakten	14	Berichtswesen	die wichtigen statistischen Zahlen der Kreisverw.	FBL	FDL, FGL					
	15	Kennzahlenkatalog entwickeln	wo stehen wir? wie weit gekommen? rechtl. Steuern	FBL	1.2					
Prozesse und Abläufe	16	telefonische Erreichbarkeit	Konzept; Städte, Ämter, Gemeinden; Kunden	FDL	FGL	erledigt	Ämterprechstunde Mi			
	17	elektronische Erreichbarkeit	Klarheit und Transparenz Mail-Bearbeitung	FDL	FGL	erledigt				
	18	Organisation der Aufgaben am Tresen	Entlastung der SB, klare Zuständigkeit, Tempo; Steigerung	FGL	FDL	erledigt				
	19	Einführung Terminierung prüfen	2016 beginnen, Einführung ggf. 2017	FDL	1.2					
	20	Kernprozess "Aufenthaltsbeendigung Asyl"	Ablehnung durch BAMF; inkl. freiwillige Rückkehr	FDL	Orga, FBL		freiwillige Rückkehr	Abschiebung		
Anmerkung: Termine werden mit Orga abgestimmt und laufend überprüft	21	Kernprozess "Aufenthalts gestattung "	Erteilung / Verlängerung	FDL	Orga, FBL	???				
	22	Kernprozess "Duldungen"	Erteilung / Verlängerung	FDL	Orga, FBL	???				
	23	Kernprozess "Aufenthalts erlaubnis"	Erteilung / Verlängerung; sehr komplex (inkl. § 12a AufenthG?)	FDL	Orga, FBL		???			
	24	Kernprozess "Niederlassungserlaubnis"	Erteilung / Verlängerung	FDL	Orga, FBL			???		
	25	Kernprozess "Visaverfahren"	Nachzug!	FDL	Orga, FBL				???	
	26	Kernprozess "Beendigung Aufenthalt"	Abschiebung, Ausweisung; siehe ergänzend Prozess straffällige Ausländer	FDL	Orga, FBL					???
	27	weitere Kernprozesse	Fahndungen, Verpflichtungserklärungen, Aberkennung Freizügigkeit, Meldung Asylsuchender	FDL	Orga, FBL					???
	28	Prozess straffällige Ausländer	Projekt "Aufenthaltsrechtliche Behandlung straffälliger Ausländer/innen" MIB	FBL	MIB, Polizei			Starttermin in Abstimmung		
Zusammenarbeit, Netzwerk	29	benchmark-Vergleich	mit Kreisen SH; Personal und Kunden	FBL	1.1					
	30	Austausch andere ABH	gute Beispiele; voneinander lernen	FBL	FDL, Büro LR					
Personal	31	Mitarbeiterkapazität 2017	Befristungen verlängern? Abh. Benchmark und Rückstände	FBL	FDL, 1.1					
	32	Geschäftsverteilung	jeder MA klare Aufgabenzuordnung	FDL	FGL					
	33	Überprüfung aktueller Stellenbewertung	alle Stellen wurden überprüft	FDL	1.1					

Themenspeicher:

Öffnungszeiten

Anpassung / Annäherung Kreishaus? Annahmeschluß?



Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: VO/2016/912	Status: öffentlich	Datum: 10.08.2016	Ansprechpartner/in: Mönke, Christina	Bearbeiter/in: Mönke, Christina
Federführend: FD 3.1 Kinder, Jugend, Sport					
Mitwirkend:	öffentliche Beschlussvorlage				
Mehrkosten für die Betreuung von Flüchtlingskindern in Kindertagesstätten - Verteilung von Landesmitteln					
Beratungsfolge:					
Status	Gremium	Zuständigkeit			
Öffentlich	Hauptausschuss	Entscheidung			

**Beschlussvorschlag:
entfällt**

Begründung der Nichtöffentlichkeit:

./.

Sachverhalt:

Gemäß Erlass vom 07.03.2016 werden für die Jahre 2016 bis 2018 zusätzliche Mittel für die Betreuung von Flüchtlingskindern durch das Land bereitgestellt. Die zugewiesenen Mittel dienen der Deckung der Mehrkosten der Kreise (Sozialstaffel) sowie der Mehrkosten der kreisangehörigen Städte und Gemeinden (Förderung des laufenden Betriebes in Kindertageseinrichtungen).

Der Erlass für das Jahr 2016 weist dem Kreis Rendsburg-Eckernförde folgende Mittel zu:

Gesamte Zusatzförderung:	537.600 €
davon Kreisanteil:	240.000 €
davon gemeindlicher Anteil:	297.600 €

Im Zusammenhang der kreisinternen Vereinbarungen zur Finanzierung des laufenden Betriebes von Kindertageseinrichtungen wurde bisher beschlossen, alle Landeszuschüsse in voller Höhe an die Träger von Kindertagesstätten weiterzuleiten.

Im Rahmen der Erörterungen zwischen Kreis und Kommunen über die Finanzierung von Kindertageseinrichtungen haben die Gemeinden dringend um Unterstützung und Sonderzuweisungen gebeten.

Zur finanziellen Unterstützung der Kommunen im Kreis wird vorgeschlagen, den Kreisanteil für 2016 in voller Höhe von 240.000 € an die Kommunen weiterzuleiten.

In der Sozialstaffel werden dem Kreis im Jahr 2016 geringere Ausgaben durch gesetzliche Neuregelungen im SGB XII in Höhe von 900.000 € entstehen.

Für die Verteilung des gemeindlichen Anteils innerhalb des Kreises hat es Vorabsprachen mit den kommunalen Vertretern der Arbeitsgruppe Kita-Finanzierung gegeben. Die ausländerrechtliche Verteilungsquote soll dabei als Grundlage für die Berechnung der Zuweisungen an die Ämter, Städte und amtsfreien Gemeinden sein. Es wird vorgeschlagen, dieses Verfahren auch für die Verteilung des Kreisanteiles anzuwenden.

Die kommunalen Verwaltungen werden gebeten, die Weitergabe der Mittel an die Gemeinden anhand der tatsächlichen Belegung von Kindertagesstättenplätzen mit Flüchtlingskindern zu regeln.

Für 2017 und 2018 soll erneut über die Mittelverwendung beraten werden.

Der Hauptausschuss wird um Beratung über die Verteilung der zusätzlichen Landesmittel für 2016 gebeten.

Finanzielle Auswirkungen:

Landesmittel in Höhe von 240.000 Euro werden nicht dem Kreishaushalt, sondern den Kommunen zur Verfügung gestellt.

Christina Mönke



Mitteilungsvorlage Federführend: FD 2.1 Allgemeine Ordnungsverwaltung und Verkehr	Vorlage-Nr: VO/2016/914 Status: öffentlich Datum: 12.08.2016 Ansprechpartner/in: Rennekamp, Barbara Bearbeiter/in: Rennekamp, Barbara	
	öffentliche Mitteilungsvorlage	
Veranlassungen aufgrund der Unfallschwerpunkte 2015 im Zuständigkeitsbereich der Straßenverkehrsbehörde des Kreises Rendsburg-Eckernförde		
Beratungsfolge:		
Status	Gremium	Zuständigkeit
Öffentlich	Hauptausschuss	Beratung

1. Begründung der Nichtöffentlichkeit:

2. Sachverhalt:

Die Verkehrsunfalllage 2015 wurde dem Polizeibeirat am 21.04.16 vorgestellt, die Unfallkommission hat am 28.06.16 getagt.

Folgende Veranlassungen erfolgten aufgrund der Unfallschwerpunkte 2015 im Zuständigkeitsbereich der Straßenverkehrsbehörde des Kreises Rendsburg-Eckernförde:

Unfallschwerpunkt	Defizite	Maßnahmen
Grevenkrug, Kreuzung L 318/ L 298	Markierungen und Sichten in Ordnung, keine Defizite aber Unfallhäufungsstelle	Im Zuge einer Deckensanierung auf einer anderen Landesstraße wird diese Kreuzung ein Jahr, ab Anfang 2017, als Umleitungsstrecke ausgewiesen. Aufgrund des erwarteten höheren Verkehrsaufkommens wird die Kreuzung mit einer Baustellenampel ausgestattet. Der LBV Kiel prüft die Einrichtung einer dauerhaften Ampelanlage für die Zeit nach der Bauphase.
Wattenbek L 49/ K 15 (Reesdorfer Weg)	keine	Vor der Tagung der Unfallkommission fand eine Geschwindigkeitsmessung statt. Unter Zugrundelegung des unauffälligen Ergebnisses erfolgte durch die Straßenverkehrsbehörde die Anordnung des Verkehrszeichens: Halt, Vorfahrt gewähren (VZ 206) mit einer Haltelinie (VZ 294) aus Reesdorf kommend auf der K15. Die Aufstellung und Markierung erfolgt

		durch den LBV. Danach wird beobachtet, ob die Unfallsituation aufgrund dieser Maßnahmen besser wird.
B 76 Streckenbereich Gettorf Nord bis Neudorf-Bornstein, Höhe Achsenkamp	Gefährdung insbesondere der Linksabbieger durch Überholvorgänge von hinten	Aufgrund der tödlichen Verkehrsunfälle wurde ein Überholverbot seitens des Kreises im November 2015 angeordnet. Nach erneuter Besichtigung durch die Unfallkommission wurde das Überholverbot mit der Beschränkung versehen, dass „Trecker“ überholt werden dürfen. Weiterhin wird 2016 die Markierung zwischen Gettorf-Nord und Schnellmark erneuert. Mittelfristig soll eine Erweiterung der Wirtschaftswege geprüft werden (dann auch Schließung der Ab- und Auffahrten). Insofern wird das Überholverbot weiter in Form einer Beschilderung angeordnet und nicht durch Fahrstreifenbegrenzung.

Finanzielle Auswirkungen: keine

Anlage/n:



Mitteilungsvorlage		Vorlage-Nr:	VO/2016/920
Federführend: FD 2.5 Kommunalaufsicht und Feuerwehrwesen		Status:	öffentlich
Mitwirkend:		Datum:	18.08.2016
		Ansprechpartner/in:	Behrens, Klaus
		Bearbeiter/in:	Behrens, Klaus
		öffentliche Mitteilungsvorlage	
Beteiligungsverwaltung			
Sitzungen des Hauptausschusses (Beteiligungen) am 03.11.2016 und 24.11.2016			
Beratungsfolge:			
Status	Gremium	Zuständigkeit	
Öffentlich	Hauptausschuss	Kenntnisnahme	

1. Begründung der Nichtöffentlichkeit:

Entfällt

2. Sachverhalt:

Für die Sitzungen des Hauptausschusses (Beteiligungen) am 03.11.2016 und 24.11.2016 wurde mit den beteiligten Gesellschaften folgender Terminplan abgestimmt:

Donnerstag, 03.11.2016:

17:30 Uhr: HanseWerk AG
Herr Fricke

18:00 Uhr: WFG Infrastruktur GmbH
Herr Lass

18:30 Uhr: Rendsburg Port Authority GmbH
Herr Lass

19:00 Uhr: Pause

19:15 Uhr: Förde Sparkasse
Herr Dr. Skaruppe

19:45 Uhr: Jobcenter RD-Eck
Herr Seibert

20:15 Uhr: imland GmbH
Herr Dr. Johannsen

Donnerstag, 24.11.2016:

- 17:30 Uhr: Abfallwirtschaftsgesellschaft Rendsburg-Eckernförde mbH
Herr Hohenschurz-Schmidt
- 17:50 Uhr: Schleswig-Holsteinische Landestheater- und Sinfonieorchester
GmbH
Herr Grisebach
- 18:20 Uhr: Rettungsdienst-Kooperation in Schleswig-Holstein mbH
Herr Reis
- 18:50 Uhr: Familienhorizonte GmbH
Frau Rullmann
- 19:10 Uhr: Kiel Region GmbH
Frau Sönnichsen
- 19:30 Uhr: Nordkolleg Rendsburg GmbH
Herr Froese